

Fraktionsvorsitzende: Kirsí Hofmeister-Streit
M: 0170 4006636
bezirksraetin@hofmeister-streit.de

GRÜNE / ÖDP im Bezirkstag Schwaben
Bezirkstag Schwaben
z.Hd. des Präsidenten
Jürgen Reichert
Hafnerberg 10
86152 Augsburg

9. November 2014

Antrag zum Haushalt 2015
Erhöhung der Haushaltsansätze in der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
werte Kolleginnen und Kollegen im Bezirkstag Schwaben,

für das Haushaltsjahr 2015 stellen wir folgenden Antrag:

Erhöhung des Haushaltsansatzes im Bereich der ambulant-komplementären Versorgung psychisch kranker Menschen um 1 Million Euro.

Begründung:

Der Bezirk Schwaben gab zum Jahresabschluss 2013 für die Bereiche Suchtberatungsstellen, Sozialpsychiatrische Dienste, Ambulant betreutes Wohnen, Tagesstätten, Zuverdienstprojekte, Integrationsfirmen und Familienpflege insgesamt 26 Millionen Euro aus.

Im Haushaltsansatz 2015 sind im Wesentlichen bislang nur die Tariferhöhungen und ein Ausbau der Suchtberatungsstellen entsprechend der Richtlinien berücksichtigt.

Die psychiatrischen Tagesstätten haben bereits 2014 keinen Ausbau erfahren. 2015 ist im Haushalt die Tariferhöhung berücksichtigt aber kein Ausbau. Tagesstätten sind in Schwaben ein Erfolgsmodell. Sie sind ein niederschwelliges und tagesstrukturierendes Angebot und in allen Regionen vorhanden. Tagesstätten haben eine bewilligte Platzzahl über die hinaus nicht abgerechnet werden darf, zugleich hat eine Tagesstätte immer Platz, d.h. die Tagesstätten begleiten ein Vielfaches an Menschen über die bewilligten Platzzahlen hinaus. Eine regelmäßig durchgeführte Evaluation der Tagesstätten durch das Kompetenzzentrum belegt dies. Zugleich sollten Tagesstätten auch ihre „Ausgangstüre“ im Sinne inklusiver Angebote in der Gemeinde bewirtschaften. Es ist unseres Erachtens nicht sinnvoll einzelne Standort immer größer werden zulassen, zugleich sind die betroffenen psychisch kranken Menschen ja da. Innovative und inklusive Projekte (virtuelle Tagesstätte, Vermittlung in Zuverdienstprojekte, Entwicklung von Arbeitsprojekten, Teilhabe an „normalen“ (Freizeit-)Angeboten in der Gemeinde etc.) können bei den derzeitigen Überbelegungen nicht auch noch entwickelt werden. Wobei auch für solche Ideen im Haushalt nichts vorgesehen ist.

Mit der Erhöhung um 1 Million Euro kann das Kompetenzzentrum Sozialpsychiatrie entsprechend den dringendsten Bedarfen und in Kooperation mit den Gemeindepsychiatrischen Verbänden die psychiatrische Landschaft im Sinne von ambulant vor stationär entwickeln, inklusiv, gemeindenah ...

Mit freundlichen Grüßen

